



Merkblatt Unterstützungsmassnahmen gemäss Covid-19-Gesetz des Bundes im Kulturbereich

Version vom 6. Mai 2022

Ausfallentschädigung für Kulturschaffende

Aufgrund der schrittweise verschärften staatlichen Massnahmen zur Bekämpfung der Covid-19-Epidemie beschloss die Bundesversammlung mit Anpassung des Covid-19-Gesetzes¹ im Dezember 2020 die Wiedereinführung des Instruments der Ausfallentschädigung für Kulturschaffende und im März 2021 dessen Ausdehnung auf freischaffende Kulturschaffende. Der Bundesrat passte am 18. Dezember 2020 bzw. 31. März 2021 die Covid-19-Kulturverordnung² (SR 442.15) entsprechend an, welche die Ausrichtung der Unterstützungsmassnahmen regelt.

Aufgrund der Befristung von Art. 11 Covid-19-Gesetz wären die Massnahmen Ende 2021 ausgelaufen. Am 17. Dezember 2021 beschloss die Bundesversammlung daher, die gesetzliche Grundlage für die Unterstützungsmassnahmen für den Kulturbereich bis zum 31. Dezember 2022 zu verlängern. Am gleichen Tag beschloss der Bundesrat die Verlängerung der Covid-19-Kulturverordnung.

Nach Aufhebung aller sanitärischen Massnahmen Ende März 2022 wären die Ausfallentschädigungen für Kulturunternehmen und Kulturschaffende sowie die Finanzhilfen für Kulturvereine im Laienbereich Ende April 2022 ausgelaufen. Da die Herausforderung im Kultursektor aber nicht unmittelbar beendet sind, beschloss der Bundesrat am 13. April 2022 beide Unterstützungsmassnahmen um zwei Monate bis Ende Juni 2022 zu verlängern. Gesuche für Beiträge an Transformationsprojekte können unverändert bis zum 30. November 2022 eingegeben werden.

Die Unterstützungsmassnahmen sollen die wirtschaftlichen Auswirkungen von Covid-19 auf die Kulturschaffenden abmildern. Die Massnahmen tragen dazu bei, eine nachhaltige Schädigung der Schweizer Kulturlandschaft zu verhindern und die kulturelle Vielfalt sicherzustellen.

Kulturschaffende können für den finanziellen Schaden, der aus der Absage, Verschiebung oder eingeschränkten Durchführung von Veranstaltungen und Projekten oder aufgrund betrieblicher Einschränkungen infolge der Umsetzung staatlicher Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) oder aus Gründen der negativen Nachwirkung solcher Massnahmen entsteht, eine Ausfallentschädigung in Form einer nicht-rückzahlbaren Finanzhilfe beantragen.

Gesuche sind bei der zuständigen Stelle des Kantons am Wohnsitz des Kulturschaffenden einzureichen, für Kulturschaffende mit Wohnsitz im Kanton Graubünden bei der Kulturförderung Graubünden. Bei der Gesuchseingabe sind die vorgegebenen Schadens- und Gesuchsperioden zu beachten (vgl. unten Abschnitt «Termine und Fristen für Gesuche»). **Die Termine und Fristen sind verbindlich einzuhalten!**

Die Ausrichtung der Ausfallentschädigung erfolgt durch den zuständigen Kanton. Der Bund beteiligt sich zur Hälfte an den vom Kanton zugesagten Ausfallentschädigungen. **Voraussetzungen für Ausfallentschädigungen für Kulturschaffende**
Gesuchsteller/in:

¹ Bundesgesetz über die gesetzlichen Grundlagen für Verordnungen des Bundesrates zur Bewältigung der Covid-19-Epidemie (SR 818.102)

² Verordnung zu den Massnahmen im Kulturbereich gemäss Covid-19-Gesetz (SR 442.15)

- ist eine natürliche Person. Wichtig: Einzelfirmen gelten als natürliche Personen und haben ihr Gesuch für Ausfallentschädigung folglich als Ausfallentschädigung für Kulturschaffende einzureichen.
 - ist als Selbständigerwerbende*r oder als Freischaffende*r hauptberuflich im Kulturbereich tätig.
 - ist mindestens vor Beginn des relevanten Schadenszeitraums als Selbständigerwerbende*r bei der Ausgleichskasse angemeldet *oder* hat als Freischaffende*r seit 2018 nachweislich mindestens vier befristete Anstellungen bei insgesamt mindestens zwei verschiedenen Arbeitgebern aus dem Kulturbereich.
 - ist in den Bereichen darstellende Künste, Design, Film, visuelle Kunst, Literatur, Musik und Museen tätig (Kulturbereich):
 - Darstellende Künste und Musik: Erfasst sind darstellende Künste im engeren Sinne und deren Vermittlung (Theater, Oper, Ballett, zirkensische Künste, klassische und zeitgenössische Konzerthäuser und -lokale, Orchester, Musiker, DJ, Sänger*innen, Chöre, Tänzer*innen, Schauspieler*innen, Strassenkünstler*innen, Theaterensembles und Tanzcompanies), die Erbringung von Dienstleistungen für darstellende Künste und Musik (inkl. Musikagent*innen, Tourmanager*innen etc.) sowie der Betrieb von Kultureinrichtungen im Bereich der darstellenden Künste und der Musik (inkl. Clubs für aktuelle Musik, sofern sie über eine künstlerische Programmgestaltung verfügen) sowie Tonstudios, ebenso das Verlegen von bespielten Tonträgern und Musikalien (Musiklabels); nicht erfasst sind die Herstellung von Musikinstrumenten, der Handel mit Musikinstrumenten, kommerzielle Anbieter von Kulturagenden, Ticket-Services, Seminarräumen etc. sowie Discotheken, Dancings, Night Clubs.
 - Design: Erfasst sind Ateliers und Studios für unter anderem Textil-, Objekt-, Schmuck- und Grafikdesign; nicht erfasst sind Architekturbüros und Restaurator*innen.
 - Film: Erfasst sind die Herstellung von Filmen und deren Vermittlung (inkl. Filmfestivals), Filmtechnik, Filmverleih und -vertrieb sowie der Betrieb von Kinos; nicht erfasst sind der Handel mit bespielten Ton- und Bildträgern oder Videotheken.
 - Visuelle Kunst: Erfasst sind Tätigkeiten im Bereich der bildenden Kunst (inklusive interaktive Medienkunst und Fotografie) und deren Vermittlung (inkl. subventionierte Kunsträume), d.h. auch Vermittlungsprojekte und -veranstaltungen von Galerien; nicht erfasst sind der Betrieb von Fotolabors sowie der Kunsthandel und der Handel mit Antiquitäten.
 - Literatur: Erfasst sind literarisches Schaffen (inklusive literarisches Übersetzen) und dessen Vermittlung (inkl. Literaturfestivals), das Verlegen von Büchern (Verlage) sowie Vermittlungsprojekte und -veranstaltungen von Buchhandlungen und Bibliotheken; nicht erfasst sind das Drucken von Büchern, der Handel mit Büchern sowie Archive.
 - Museen: Erfasst sind öffentlich zugängliche Museen, Ausstellungsorte und Sammlungen und die Vermittlung von kulturellem Erbe; nicht erfasst sind Zoos und botanische Gärten sowie der Betrieb von historischen Stätten und Gebäuden.
- Insgesamt ausgeschlossen vom Anwendungsbereich des Covid-19-Gesetzes ist der Bildungsbereich in allen Disziplinen (Musik-, Tanz-, Theater-, Kunst-, Film-(hoch)schulen etc.).
- hat Wohnsitz im Kanton, in dem die Ausfallentschädigung beantragt wird.
 - hat einen finanziellen Schaden, der aus der Absage, Verschiebung oder eingeschränkten Durchführung von Veranstaltungen und Projekten oder aufgrund betrieblicher Einschränkungen entsteht, *verursacht durch Massnahmen der Behörden des Bundes, der Kantone oder der Gemeinden zur Bekämpfung des Coronavirus (Covid-19)*. Dieses Erfordernis der Kausalität gilt nicht für Schäden im Zeitraum vom 17. Februar 2022 bis zum 30. Juni 2022. Während dieser Übergangsfrist werden die Finanzhilfen aus Gründen der negativen Nachwirkungen der sanitärischen Massnahmen ausgerichtet.
 - hat einen finanziellen Schaden, der zwischen dem 1. Januar 2022 und dem 31. Dezember 2022 entstanden ist.
 - hat einen finanziellen Schaden, der nicht durch Nothilfe an Kulturschaffende von Suisseculture Sociale, Sozialversicherungen (insbesondere Corona-Erwerbssersatzentschädigung der AHV-Ausgleichskassen gemäss Covid-19-Gesetz, Arbeitslosenentschädigung), eine Privatversicherung oder eine andere Entschädigungsmöglichkeit gedeckt wird.

Pro Kulturschaffende*r ist ein Gesuchsformular einzureichen. Ein/e Kulturschaffende*r kann auch eine andere Person mit der Einreichung beauftragen. Die einreichende Person hat in diesem Fall nachzuweisen, dass sie zur Einreichung bevollmächtigt ist.

Gesuchsbeilagen

Bitte reichen Sie mit Ihrem Gesuch folgende Dokumente als Beilagen ein:

- Unterlagen zum Nachweis der hauptberuflichen Tätigkeit als Kulturschaffende*r (z.B. Steuerabrechnungen, Liste von Anstellungen, Engagements, Ausstellungen) (*obligatorisch*)
- Wohnsitzbestätigung (Alter max. 2 Jahre) (*auf Anfrage*)

Zusätzlich nur für Selbständigerwerbende:

- Schadensberechnung: Die Schadensberechnung (*obligatorisch*) wird anhand der entgangenen Einnahmen und der nicht angefallenen Kosten berechnet.
- bei Veranstaltungen/Projekten: Veranstaltungs- und/oder Projektbudgets (*sofern vorhanden*)
- bei betrieblichen Einschränkungen: die zwei letzten Jahresabschlüsse oder Zusammenstellung Betriebsaufwände und -erträge der Jahre 2019 und 2020 sowie Betriebsbudgets der Jahre 2021 und 2022 (*obligatorisch*)
- Kopien von Rechnungen oder sonstigen Belegen zum Nachweis des Schadens (z.B. Kopien von Verträgen oder Nachweis von Engagements) (*soweit möglich*)
- Beitragsabrechnung als Selbständigerwerbende*r mit AHV-Ausgleichskasse oder wenn noch keine solche vorliegt – Bestätigung der AHV-Ausgleichskasse über die Anmeldung als Selbständigerwerbende*r (*obligatorisch*)
- *Wenn kein vereinfachtes Verfahren möglich oder beantragt:* Kopie allfälliger Antrag/Entscheid über Nothilfe an Kulturschaffende von Suisseculture Sociale, Erwerbbersatzentschädigung, Kurzarbeitsentschädigung und/oder Entschädigung durch Privatversicherung und/oder weitere beantragte Entschädigungen (*obligatorisch bei Gesuchseingabe*, wenn bereits Antrag gestellt oder Entscheid vorliegt; *obligatorisch nachzuliefern*, wenn Antrag noch nicht gestellt oder Entscheid pendent)
- *Wenn Antrag auf vereinfachtes Verfahren:* Verzichtserklärung, d.h. eine handschriftlich unterschriebene Erklärung, dass Sie in der beantragten Schadensperiode auf Corona-Erwerbbersatz sowie Nothilfe verzichten und keine entsprechende Gesuche stellen, sowie früherer Corona-Erwerbbersatz-Entscheid der AHV-Ausgleichskasse (nicht älter als aus dem Jahr 2020) (*obligatorisch*)

Zusätzlich nur für Freischaffende:

- Status als Freischaffende*r: Nachweis von mindestens vier befristeten Anstellungen bei mindestens zwei verschiedenen Arbeitgebern seit 2018 z.B. mit Kopien der dazugehörigen Arbeitsverträge (*obligatorisch*)
- Schadensberechnung:
 - (1) Liste der befristeten Anstellungen im aktuellen Schadenszeitraum mit Angabe der Arbeitgeber, Start- und Enddatum der Anstellung sowie des jeweils erzielten Einkommens, inkl. Nachweis der entsprechenden Anstellungen (z.B. Kopien der dazugehörigen Arbeitsverträge); und
 - (2) Liste der befristeten Anstellungen in den für den aktuellen Schadenszeitraum relevanten Vergleichsmonaten in den Jahren 2018 und 2019 mit Angabe der Arbeitgeber, Start- und Enddatum der Anstellung sowie des jeweils erzielten Einkommens, inkl. Nachweis der entsprechenden Anstellungen (z.B. Kopien der Arbeitsverträge) (*obligatorisch*; sehen Sie dazu auch das zur Verfügung gestellte Formular)
- Kopie allfälliger Antrag/Entscheid über Nothilfe an Kulturschaffende von Suisseculture Sociale und/oder Arbeitslosenentschädigung (*obligatorisch bei Gesuchseingabe*, wenn bereits Antrag gestellt oder Entscheid vorliegt; *obligatorisch nachzuliefern*, wenn Antrag noch nicht gestellt oder Entscheid pendent)

Bei unvollständigen Gesuchen setzt der Kanton eine kurze Nachfrist zur Einreichung fehlender Angaben/Dokumente. Werden die Informationen innert Nachfrist nicht geliefert, tritt der Kanton auf das Gesuch nicht ein.

Kulturpolitische Prioritäten, kein Rechtsanspruch

Der Kanton kann bei der Zusprache der Ausfallentschädigungen kulturpolitische Prioritäten setzen. Es besteht kein Anspruch auf eine Entschädigung.

Subsidiarität, vereinfachtes Verfahren

Die Ausfallentschädigungen gemäss Covid-19-Gesetz sind subsidiär, d.h. ergänzend zu anderen Ansprüchen der Kulturschaffenden. Sie decken damit den Schaden, für den keine anderweitige Deckung erfolgt (z.B. Privatversicherung, Corona-Erwerbsersatzentschädigung und Arbeitslosenentschädigung). Liegt noch kein Entscheid anderer Schadenregulierer vor, kann das Gesuch um Ausfallentschädigung entweder sistiert oder eine provisorische Zahlung gestützt auf die Schätzung des Restschadens zu Lasten der Ausfallentschädigung vorgenommen werden. Im zweiten Fall erfolgt zu einem späteren Zeitpunkt eine Endabrechnung, damit eine Überentschädigung verhindert wird.

Vereinfachtes Verfahren für selbständigerwerbende Kulturschaffende

Kulturschaffende, die bei der Corona-Erwerbsersatzentschädigung auf ein Taggeld von weniger als 60 Franken Anspruch haben, können ihr Gesuch im «vereinfachten Verfahren» stellen. Sie müssen ihre Taggeldhöhe mit einem früheren Entscheid der AHV-Ausgleichskasse (nicht älter als aus dem Jahr 2020) belegen. Im vereinfachten Verfahren richten die Kantone direkt und ohne Berücksichtigung weiterer staatlicher Covid-Ersatzleistungen eine Ausfallentschädigung aus. Kulturschaffende, die eine Ausfallentschädigung im vereinfachten Verfahren beantragen, müssen dafür für den gesamten Schadenszeitraum (vgl. Art. 6 Abs. 1 Covid-19-Kulturverordnung), in dem der für die beantragte Ausfallentschädigung relevante Schaden liegt (z.B. 1.1.22 bis 30.4.22), verbindlich auf Corona-Erwerbsersatzentschädigung sowie Nothilfe von Suisseculture Sociale verzichten. Mit diesem vereinfachten Verfahren vermeiden die Kulturschaffenden umständlichere Verwaltungsverfahren an mehreren Schaltern. Die Beträge, die sie letztendlich erhalten, sind in der Regel die gleichen, unabhängig davon, ob sie von diesem vereinfachten Verfahren Gebrauch machen oder nicht. **Achtung:** (1) Bei Kulturschaffenden mit schwankenden Nothilfe-Beiträgen weicht der Betrag, den Kulturschaffende im vereinfachten Verfahren erhalten, geringfügig von den Beträgen ab, die sie im Normalverfahren erhalten würden. Die Abweichung kann zugunsten oder zu Lasten des oder der Kulturschaffenden ausfallen. Wer das vereinfachte Verfahren beantragt, muss bestätigen, entsprechende zu seinen Lasten ausfallende Abweichungen in Kauf zu nehmen.³ (2) Das vereinfachte Verfahren ist nicht geeignet für Kulturschaffende, deren finanzieller Schaden unter ihrem EO-Anspruch und/oder ihrem Anspruch auf Nothilfe liegt. (3) Kulturschaffende, die auch ausserhalb des Kulturbereichs als Selbständigerwerbende tätig sind, können das vereinfachte Verfahren nicht wählen (4). Der Verzicht auf Corona-Erwerbsersatzentschädigung und Nothilfe von Suisseculture Sociale muss mit Einreichung einer handschriftlich unterschriebenen Verzichtserklärung belegt werden (5). Ein Gesuch im vereinfachten Verfahren muss erfolgen, bevor die AHV-Ausgleichskassen respektive Suisseculture Sociale eine Zahlung für den fraglichen Schadenszeitraum (z. B. 1.1.22 bis 30.4.22) vorgenommen haben.

Allenfalls zu Unrecht ausbezahlte Entschädigungen können innert 30 Tagen nach Feststellung der unrechtmässigen Ausbezahlung durch den Kanton zurückgefordert werden.

³ Massgeblich für die Berechnung der Kantone ist der letzte vorliegende Nothilfe-Entscheid von Suisseculture Sociale.

Kulturschaffende, selbständigerwerbend, hauptberuflich

Unter den Begriff der Kulturschaffenden fallen alle Personen, die als Selbständigerwerbende oder Freischaffende oder in einer Kombination von beidem hauptberuflich im Kulturbereich tätig sind. Dazu zählt insbesondere auch technisches Personal (Ton, Beleuchtung usw.).

Selbständigerwerbend ist, wer Erwerbseinkommen erzielt, das nicht Entgelt für eine als Arbeitnehmerin oder Arbeitnehmer geleistete Arbeit darstellt und bei der Ausgleichskasse als selbständigerwerbend angemeldet ist. Um eine Ausfallentschädigung zu erhalten, muss die/der Kulturschaffende vor Beginn des relevanten Schadenszeitraums als Selbständigerwerbende*r bei der Ausgleichskasse angemeldet sein (z.B. Schadenszeitraum 1. Januar 2022 bis 30. April 2022; Anmeldung: spätestens 31. Dezember 2021). Als *Freischaffende* im Sinn der Covid-19-Kulturverordnung gelten Kulturschaffende, die seit 2018 insgesamt mindestens vier befristete Anstellungen bei insgesamt mindestens zwei verschiedenen Arbeitgebern aus dem Kulturbereich nachweisen. Erfasst sind auch Kulturschaffende, die eine Kombination aus selbständiger und angestellter Tätigkeit ausüben.

Als *hauptberuflich im Kultursektor tätig* gelten Kulturschaffende, die mit ihrer künstlerischen Tätigkeit mindestens die Hälfte ihres Lebensunterhalts finanzieren oder mindestens die Hälfte der Normalarbeitszeit für die kulturelle Tätigkeit einsetzen. Massgebend sind dabei auch künstlerische Tätigkeiten (selbständigerwerbend oder angestellt) ausserhalb des Kulturbereichs gemäss vorliegender Definition (z.B. Tanzlehrer in einer Tanzschule). Das Vorliegen einer hauptberuflichen Tätigkeit ist im Einzelfall gestützt auf die durch den/die Kulturschaffende*n beizubringenden Unterlagen zu beurteilen (z.B. Steuerabrechnungen, Liste von Anstellungen, Engagements, Ausstellungen usw.).

Schaden und Schadensminderung

Als finanzieller Schaden gilt die unfreiwillige Vermögensverminderung ab 1. Januar 2022.

Kulturschaffende können nur Schäden geltend machen, die sie im Rahmen ihrer Tätigkeit als Selbständigerwerbende oder Freischaffende erlitten haben. Ein allenfalls entgangener Gewinn wird nicht entschädigt. Es wird höchstens ein Schaden bis zur Erreichung der betriebswirtschaftlichen Gewinnschwelle berücksichtigt.

Die Ausfallentschädigung deckt in allen Fällen maximal 80 Prozent des finanziellen Schadens.

Die Gesuchstellenden sind verpflichtet, die zumutbaren Massnahmen zur Schadensminderung zu ergreifen.

Die Ausfallentschädigung deckt Schäden aus der Absage, Verschiebung oder eingeschränkten Durchführung von Veranstaltungen und Projekten oder aufgrund betrieblicher Einschränkungen im Zeitraum zwischen dem 1. Januar 2022 und dem 31. Dezember 2022.

Selbständigerwerbende Kulturschaffende können auch eine Ausfallentschädigung für noch nicht vereinbarte Buchungen bzw. Engagements geltend machen. Diese sind mit Vergleichszahlen der letzten zwei Jahre (Engagements, Honorareinnahmen) der letzten zwei Jahre vor der Pandemie (2018 und 2019) zu plausibilisieren.

Will ein/e selbständigerwerbende/r Kulturschaffende*r für eine nicht erhaltene Zahlung durch ein Kulturunternehmen einen Schaden geltend machen, so hat er/sie die Nichtbezahlung durch eine Selbstdeklaration zu bestätigen. Mit Bezahlung der Ausfallentschädigung verliert der/die Kulturschaffende seine/ihre Forderung gegenüber dem Kulturunternehmen im Umfang der Entschädigung.

Bei den *freischaffenden Kulturschaffenden* wird darauf abgestützt, welches Einkommen die betreffende Person in den für den aktuellen Schadenszeitraum relevanten Vergleichsmonaten der Jahre

2018 und 2019 mit befristeten Anstellungen im Kulturbereich erzielt hat (z. B. für den Schadenszeitraum Mai bis August 2022 das Einkommen der Monate Mai bis August der Jahre 2018 und 2019). Der für die Ausfallentschädigung relevante Schaden ergibt sich aus der Differenz des für die Vergangenheit festgestellten Einkommens und dem heutigen Resteinkommen unter Berücksichtigung von Ersatzeinkommen wie Arbeitslosenentschädigung oder anderer anrechenbaren Entschädigungen.

Im Zeitraum vom 17. Februar 2022 bis 30. Juni 2022 deckt die Ausfallentschädigung Schäden (entgangene Einnahmen abzüglich nicht angefallenen Kosten) aus der Absage, Verschiebung oder eingeschränkten Durchführung von Veranstaltungen und Projekten oder aufgrund betrieblicher Einschränkungen infolge der negativen Nachwirkungen der sanitärischen Massnahmen bzw. der Corona-Pandemie (z.B. geringere Publikumseinnahmen oder weniger Buchungen). Bei der Berechnung wird bei selbständigerwerbenden Kulturschaffenden auf das Veranstaltungs- und/oder Projektbudget oder das Betriebsbudget 2022 oder bei noch nicht vereinbarten bzw. ausgefallenen Buchungen auf die Vergleichszahlen (Engagements, Honorareinnahmen) der letzten zwei Jahre vor der Pandemie (2018 und 2019) abgestellt. Bei freischaffenden Kulturschaffenden ergibt sich der Schaden wie bisher aus der Differenz des für die Vergangenheit festgestellten Einkommens und dem heutigen Resteinkommen (vgl. dazu die weiteren Ausführungen im vorliegenden Merkblatt).

Kausalität

Es sind alle Schäden erstattungsfähig, die durch staatliche Massnahmen zur Bekämpfung des Coronavirus (COVID-19) verursacht wurden. Als staatliche Massnahmen gelten die Anordnungen der Behörden des Bundes, der Kantone und der Gemeinden. Insbesondere müssen auch eine eingeschränkte Durchführung einer Veranstaltung bzw. eine betriebliche Einschränkung mit der Covid-19-Epidemie in Zusammenhang stehen. Das Erfordernis der Kausalität gilt nicht für Schäden im Zeitraum vom 17. Februar 2022 bis zum 30. Juni 2022. Während dieser Übergangsfrist werden die Finanzhilfen vielmehr aus Gründen der negativen Nachwirkungen der sanitärischen Massnahmen ausgerichtet. Finanzielle Schäden, die im Ausland entstanden sind, können entschädigt werden, sofern alle übrigen Anspruchsvoraussetzungen erfüllt sind und sie durch staatliche Massnahmen der Schweiz oder des betreffenden Landes verursacht wurden.

Beweismass

Der Schaden und die Kausalität (vgl. dazu die Ausführungen im Abschnitt «Kausalität» oben) sind glaubhaft zu machen. Soweit möglich und zumutbar ist der Schaden durch Dokumente nachzuweisen.

Termine und Fristen für Gesuche

- Es gelten folgende Schadens- und Gesuchsperioden und damit verbundene Fristen:
 -
 - **Gesuche für finanzielle Schäden im Zeitraum 1. Januar 2022 bis 30. April 2022** sind rückwirkend so rasch als möglich, spätestens aber bis am 31. Mai 2022 einzugeben.
 - **Gesuche für finanzielle Schäden im Zeitraum vom 1. Mai 2022 bis 30. Juni 2022** sind rückwirkend so rasch als möglich, spätestens aber bis am 31. Juli 2022 einzugeben.
- Die Gesuche sind grundsätzlich rückwirkend einzureichen, d.h. der Schaden muss zum Zeitpunkt der Gesucheinreichung bereits eingetreten sein. Der Schaden gilt an demjenigen Tag als eingetreten, an dem die Veranstaltung stattfindet oder hätte stattfinden sollen.
- Die Termine und Fristen sind **verbindlich** (Verwirkungsfristen). Verspätet oder zu früh angemeldete Schäden werden nicht berücksichtigt.
- Die angeführten Fristen für den Schadenszeitraum beziehen sich bei Veranstaltungen oder Projekten auf denjenigen Zeitraum, in dem die entsprechende Veranstaltung oder das Projekt geplant war. Gab es Kosten – z.B. eine Lokalmiete oder Personalkosten –, die bereits vorher oder danach in direktem

Zusammenhang mit der Veranstaltung oder dem Projekt entstanden sind, können diese bei der Ausfallentschädigung geltend gemacht werden.

Sozialversicherungsbeiträge und Steuerpflicht

Selbständigerwerbende Kulturschaffende müssen auf die aus der Ausfallentschädigung finanzierten Einkommensanteile (Honorare, Gagen usw.) Sozialversicherungsbeiträge entrichten. Grundlage für die Berechnung der Beiträge bildet das Einkommen aus selbständiger Erwerbstätigkeit gemäss Veranlagung für die direkte Bundessteuer. Für die Steuerpflicht bestehen keine Spezialregelungen.